Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 297. Donnerstag den 24. October 1878. 72. Jahrgang.

Anmeldung zur Kirchenvorsteher-Wahl in der Parochie St. Petri.

Für die aus dem Peterskirchenvorstande nach Ablauf der Wahlperiode infolge Loosung ausscheidenden Herren:

Geh. Hofrath Prof. Dr. G. Curtius, Director Dr. Kühr, Reichs-Oberhandelsgerichtsrath Mohrmann, Kaufmann F. B. Telle,

sowie für die freiwillig ausgeschiedenen Herren Commerzienrath **Paul Benndorf** und Oberlehrer Dr. **F. M. Schuster**, die insgesammt wieder wählbar sind, soll durch die **Kirchengemeinde eine Neuwahl** stattfinden, und außerdem infolge von der Kircheninspection genehmigten **Beschlusses der vereinigten Kirchenvorstände** ein **siebenter Kirchenvorsteher zu**gewählt werden.

Stimmberechtigt zu dieser Wahl sind alle selbstständigen, in der **Petersparochie** wohnhaften Männer evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, welche das 25. Lebensjahr **vollendet haben**, verheirathet oder nicht, „mit Ausnahme solcher, die durch Verachtung des Wortes Gottes oder unehrbaren Lebenswandel öffentliches, durch nachhaltige Besserung nicht wieder gehobenes Aergerniß gegeben haben oder von der Stimmberechtigung bei Wahlen der politischen Gemeinde ausgeschlossen sind."

Wer sein Stimmrecht bei der bevorstehenden Wahl ausüben will, hat sich zufolge gesetzlicher Vorschrift zunächst **mündlich** oder **schriftlich** dazu **anzumelden**.

Die **mündlichen** Anmeldungen werden

Sonntag den 27. October d. J., von 11 bis 1 Uhr, und
Montag, den 28. October, von 9 bis 5 Uhr,

in der **Sakristei der Peterskirche** entgegengenommen.

Bei **schriftlichen** Anmeldungen, welche während dieser Tage, sowie schon vorher **auch in** die Amtswohnung des Pastor Prof. D. Fricke (Albertstraße 8, I.) abgegeben werden können, **muß genau** angegeben werden: 1) Vor- und Zuname, 2) Stand, Gewerbe u. s. w., 3) Geburts-Tag und **Jahr**, 4) die Wohnung.

Zur Peterskirchenparochie gehören folgende Straßen und Plätze der Stadt:

Albertstraße, Arndtstraße, Bayerischer Platz, Bayerische Straße, Bauhofstraße, Brandweg, Brandvorwerkstraße, Braustraße, Brüderstraße, Carolinenstraße, Dösener Weg, Emilienstraße, Elisenstr., Floßplatz, Friedrichstraße, Fichtestraße, Fürstenstraße, Glockenstraße, Hohe Straße, Johannisthal (südl. Theil), Kohlenstraße, Körnerstraße, Kochstraße, Kaiser Wilhelm-Straße, Kronprinzstraße, Lützowstraße, Lößniger Straße, Mahlmannstraße, Moltkestraße, Nürnberger Straße (Nr. 23 bis mit 52), Schletterstraße, Sidonienstraße, Sophienstraße, Südstraße, Schleußiger Weg, Teichstraße, Thalstraße (Nr. 6 bis mit 29), Waisenhausstraße, Webergasse, Windmühlenstraße (Nr. 18 bis mit 28c). Windmühlenthor und Zeitzer Straße.

Wir fordern die stimmberechtigten Glieder unserer Gemeinde herzlich und dringend auf, sich an der bevorstehenden Wahl zahlreich zu betheiligen, und damit sie dies können, die **Anmeldung** in der angegebenen Weise bis **spätestens Montag den 28. October, Nachmittags 5 Uhr**, bewerkstelligen zu wollen.

Leipzig, den 15. October 1878.

Der Kirchenvorstand zu St. Petri.
D. Fricke.

Die Ausführung des Socialisten-Gesetzes in Sachsen.

Der deutsche Kronprinz hat als Stellvertreter seines erlauchten Vaters ein Gesetz vollzogen, welches eine Bewegung eindämmen soll, die unsere Cultur bedroht und den Königsmord als ein politisches Dogma predigt.

Es wäre aber eine thörichte Vorstellung, anzunehmen, daß die Handhabung des Socialistengesetzes seitens der Behörden eine leichte ist. Ein Gesetz von solcher Tragweite, welches die gesammte revolutionäre Propaganda zu überwachen und jegliche Krankheitserscheinung an dem wunden Organismus eines Theiles der Gesellschaft, wo es geboten ist, mit dem Messer zu beseitigen hat, erfordert Umsicht, Energie und schneidige Initiative. Dieser Grundgedanke, welcher die Paragraphen des Gesetzes zu einem Ganzen verbindet, der oft nur zwischen den Zeilen zu lesen ist, läßt einen Ausspruch des Reichskanzlers in hellstem Lichte erscheinen. Fürst Bismarck äußerte sich, wie es heißt, zu dem Abg. v. Bennigsen während der zweiten Lesung: „Lieber gar kein Ausnahmegesetz, wenn nicht ein schneidiges; auf die Gültigkeitsdauer kommt es mir nicht an!" Der leitende Staatsmann hat mit dieser Sentenz ohne Zweifel das Richtige getroffen. Auch wir sind der Ansicht: quod medicamenta non sanant, ferrum sanat. Die Heilung der Krankheit muß eine radicale sein, um zu verhüten, daß sie nach einer mühevollen Behandlung repetirt und damit den Staat als ohnmächtig der Revolution gegenüber erscheinen läßt. Die Organe desselben müssen sich aus diesem Grunde ihrer großen Verantwortlichkeit vollauf bewußt sein und überall, ohne Ausnahme da eingreifen, wo sich die Wurzeln des Uebels eingesenkt haben.

Am weitesten vorgeschritten, auf breitester Grundlage entwickelt und am geschlossensten organisirt ist die Bewegung in unserem Sachsen. Unser Land ist die Versuchsstation für dieselbe geworden; in der That mit einem Erfolge ohne Gleichen. Den Gründen dieser Erscheinung stetig nachzuforschen, ist die Pflicht aller staatserhaltenden Factoren des Landes, unter denen die Presse mit Recht eine gewichtige Stelle behauptet, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht wird, welche darin besteht, die Wünsche und Bedürfnisse unseres Volksthums zur Sprache zu bringen. Sie ist mit dazu berufen, die Ausführung des Gesetzes dem Staate zu erleichtern und diesen auf frühere Versäumnisse hinzuweisen. Zu diesen rechnen wir — und das gilt ganz speciell von Sachsen — die dauernde Invasion der Gemeindevertretungen durch Mitglieder der Socialdemokratie in den Städten wie auf dem platten Lande. In den besonders durch die Agitation zerwühlten Wahlkreisen sitzen die socialistischen Führer als Stadträthe und Stadtverordnete am grünen Tische, um über das Wohl und Wehe der Bürgerschaft, über das Communalvermögen, über die Interessen von Kirche und Schule zu entscheiden zu helfen. Wir wollen nur, um Beweise zu erbringen, an den 17. Wahlkreis erinnern, das Kernwerk des sächsischen Socialismus. Im Stadtraths-Collegium zu Glauchau fungirt als Stadtrath der „Genosse" Schlesinger, Vorstand der dortigen socialdemokratischen Genossenschaftsbuchdruckerei, vor Kurzem wegen Gotteslästerung in dem scandalösen Processe Klemich und Genossen verurtheilt, in der Stadtverordneten-Versammlung der „Genosse" Franz, Disponent dieser Gesellschaft und Redacteur der „Glauchauer Nachrichten"*), desselben Vergehens wegen s. Z. unter Anklage gestellt. In mehreren kleinen Städten und sehr vielen Landgemeinden des Bezirkes herrschen ähnliche Zustände.

Unterbeamte, Elementarlehrer halten, vertheilt über das ganze Land, mehr oder minder offen zu der socialistischen Bewegung. Woher diese Erscheinung? Man übte stille Duldung, um des lieben Friedens willen und weil man sich allmälig daran gewöhnt hat, die Socialdemokratie als einen fast existenzberechtigten Factor des öffentlichen Lebens anzuerkennen. Es sind uns Fälle bekannt, daß die Ueberwachung der wichtigsten Versammlungen, in denen Socialisten und Ordnungsleute mit einander kämpften, untergeordneten Bureaubeamten übertragen worden ist, weil man — wie wir annehmen wollen — die Gefahr des Socialismus unterschätzte. Wer sollte da noch Lust haben, für Recht und Gesetz zu kämpfen, wenn der moralische Eindruck, welchen das Erscheinen des competenten Beamten hervorbringt, also verwischt wird? Vielfach ist die Ansicht geäußert worden, daß Ausnahmegesetze in Orten, wo keine Garnison vorhanden sei, gar nicht durchzuführen wären u. s. w. Es sind das Anschauungen, die einen auffälligen Mangel an Muth verrathen. Ja, man ist so weit gegangen, socialistischen Führern bezahlte Gemeinde-Aemtchen zu übertragen oder in Aussicht zu stellen, um sie mundtodt zu machen, man hat sie seitens der Gemeindevorsteher mit einer gewissen Connivenz behandelt, um nicht zum Stichblatte in der socialistischen Presse zu werden.

Diesem völlig unhaltbaren Zustande muß auf Grund sorgfältigster Erhebungen das verdiente Ende bereitet werden, indem disciplinariter gegen die socialdemokratischen Gemeindevertreter seitens der Aufsichtsbehörden vorgegangen wird. Wer den Staat auflösen will, darf kein Amt in demselben bekleiden. Wir fragen einfach: soll die Gemeinde-Organisation denjenigen Schutz der socialistischen Agitation gewähren, welchen das Ausnahmegesetz ihr versagt? Mit nichten!

Die zum Theil ganz farblos geleitete Presse und das wenig entwickelte Vereinsleben in den kleineren Ortschaften des Landes sind gar nicht im Stande, diese Dinge herzhaft anzufassen und bei dem rechten Namen zu nennen. Das Kleinbürgerthum, welches sich gegen die Socialdemokratie stemmt, fürchtet den Terrorismus derselben, der sich in der Entziehung von Arbeit und ähnlichen Erscheinungen kund giebt. In vielen hundert Ortschaften herrscht eine unentwirrbare Verquickung von socialistischen Anschauungen mit dem Sinne für Recht und Ordnung. Eine einzige Familie pflegt oft diese Gegensätze in sich zu tragen. Ein Mitglied derselben ist Socialist, das andere Ordnungsmann, das dritte ist indifferent, oder zwei Seelen wohnen, ach! in seiner Brust, und nur so ist die Versumpfung zu erklären, welche in politischer Beziehung im Lande herrscht.

Wo das Bürgerthum zur Selbsthülfe zu schwach ist, muß die Majestät des Staates ihr gewichtiges Veto einlegen und der Gesellschaft vollen Schutz gewähren. Wir betonen dies sine ira, aber cum studio und hoffen, daß unsere Mahnung nicht ungehört verhallen wird.

Reichen die vorhandenen Gesetze der Einzelstaaten zu dem Zwecke nicht aus, so müssen die Landtage mit dieser Materie beschäftigt und Vorkehrungen getroffen werden, die uns in dem Bestreben unterstützen, für die Herbeiführung des Friedens im Lande mit Erfolg thätig zu sein.

Sachsen ist in erster Linie bei der Ausführung des Socialistengesetzes mit seiner Ehre engagirt, das Uebel hat sich hier im Lande entwickelt, mit einer Intensität ohne Gleichen fortgesetzt und über ganz Deutschland verbreitet. Die Zeit zum Handeln ist jetzt gekommen und darum rufen wir: Caveant Consules!

*) Der Stadtverordnete Franz, ist, wie die Redaction soeben aus einer Erklärung des genannten Agitators in dem Glauchauer Socialistenblatte ersieht, auch Verleger sämmtlicher im Wahlkreise erscheinender socialdemokratischer Organe geworden. Bemerkt kann noch werden, daß die beiden genannten Herren einen uneingeschränkten Terrorismus als Centralleiter der dortigen socialistischen Bewegung ausüben. D. R.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 23. October.

Wie es heißt, ist jetzt die in der Untersuchungssache, betreffend den Untergang des „Großen Kurfürsten", besonders zusammengesetzte und aus dem Contreadmiral Kinderling, dem Generalmajor Grafen v. Hardenberg und dem Justizrath Loos bestehende Untersuchungs-Commission seit etwa vierzehn Tagen in unausgesetzter Thätigkeit, die vielen Zeugen und Sachverständigen zu vernehmen. Die nicht in Kiel befindlichen werden von Wilhelmshaven und anderen Orten dorthin citirt, da zur einheitlichen Behandlung der Sache eine Vernehmung derselben durch die Requisition anderer Gerichte nicht stattfinden soll. Bemerkenswerth bleibt, daß Admiral Werner bereits vor Beendigung der Arbeiten der Commission seinen definitiven Abschied nachgesucht und erhalten hat.

Der Fürst-Reichskanzler hat sich am Dienstag nach Friedrichsruh begeben, wird aber vor Eröffnung des Landtages noch zur Hochzeit seiner Tochter nach Berlin kommen und dann auf längere Zeit auf seine Güter gehen. Am Sonntag Nachmittag hatte der Fürst sich zum Vortrag ins kronprinzliche Palais begeben.

Die enge Allianz zwischen der Fortschrittspartei und dem Centrum, den Socialdemokraten, den Polen u. s. w. wirft nicht allein auf die Bestrebungen und Ziele der ersteren ein charakteristisches Licht; sie zeigt auch, wenn dies nach den Reden der Herren Windthorst, v. Schorlemer-Alst und Brüel noch nöthig wäre, was von der zukünftigen Haltung des Centrums zu erwarten ist. Wenn sich an die Kissinger Verhandlungen an manchen Stellen sanguinische Hoffnungen auf einen Ausgleich mit Rom geknüpft haben — schreibt die „N. A. Z." officiös — so dürften dieselben jetzt auf ein sehr bescheidenes Maaß zu reduciren sein. So lange eine Partei existirt, welche sich äußerlich als Vertreterin der katholischen Interessen gerirt, in Wirklichkeit aber, wie die neuliche Abstimmung schlagend beweist, in feindseligster Haltung gegen die Reichsregierung, im Bunde mit allen blos negirenden Tendenzen und deshalb im directen Widerspruche mit den wahren Interessen der Kirche, lediglich politische Ziele verfolgt; so lange sich um diese Partei als ihren Krystallisationspunct alle Elemente gruppiren, welche die Institutionen des Reiches und des preußischen Staates mit blindem Hasse verfolgen, so lange wird selbstverständlich jeder Versuch resultatlos bleiben, den Culturkampf im Wege friedlicher Verständigung zu beenden. Einer solchen Partei gegenüber wird auch bei den wohlwollendsten Intentionen des römischen Stuhles keine Garantie dafür geboten werden können, daß der kirchliche Friede in Deutschland zur Wahrheit werde.

Die kürzlich gerüchtweise gemeldete Ernennung des Grafen Trautmannsdorf, Vicepräsidenten des Herrenhauses, zum österreichischen Botschafter in Berlin scheint nun endgültig festzustehen.

Graf Ferdinand Trautmannsdorf, geboren 27. Juni 1826, ist mit der Prinzessin Marie von Liechtenstein vermählt. Sein Vater war in den vierziger Jahren gleichfalls Gesandter, Graf Ferdinand selbst war bis 1859 als Legationsrath in Berlin, später in München, und — ein Ultramontaner schwärzester Färbung — 1868—1872 Gesandter beim päpstlichen Stuhl.

* * *

Die Dinge in Oesterreich haben eine in hohem Grade Besorgniß erregende Gestalt angenommen, deren Tenor sich gegen Deutschland richtet. Der Sturz des Grafen Andrassy durch die heißblütige Tisza-Partei scheint eine sich allerdings langsam aber sicher vollziehende Thatsache zu sein. Die Orientpolitik des Grafen und die damit verknüpften finanziellen Schwierigkeiten sollen die Handhabe dafür abgeben und das Drama in Pest-Ofen zum Abschluß bringen. Als Deus ex machina, als Führer einer feudal-ultramontan-antideutschen, Ungarn zuneigenden Clique würde Graf Beust auf der Bildfläche erscheinen, um die Spitzen seiner Pfeile in weitem Bogen von der Donau bis an die Sumpfsluth der verhaßten Spree zu schnellen. Ob das geplante Intriguenspiel auch wirklichen Erfolg haben wird, wird von der Weisheit des Kaisers Franz Josef abhängen, der allerdings dem protestantischen Grafen Beust mit den ultramontanen Anwandlungen sehr wohl und mehr wohl als dem Grafen Andrassy will. Graf Andrassy ist bereit, den Kampf gegen seinen Sturz aufzunehmen. Aber er ist nur Minister gegenüber den Delegationen, dort kann er seine Stellung wenigstens vertheidigen; gelingt es seinen Gegnern, den Streit in dem ungarischen Abgeordnetenhause zum Entflammen zu bringen, so stürzt der österreichisch-ungarische Ministerpräsident selbst ohne die Möglichkeit einer Gegenwehr. Die Befürchtung eines solchen Ausganges ist es, welche vor Allem die Lage beherrscht. Der Schwerpunct der politischen Action liegt, wie bereits angedeutet, in Pest-Ofen. Eine temperamentvolle Nation wie die ungarische, welche mit Gluth und Leidenschaft Politik treibt, welche ihrer Mißbilligung der Andrassy'schen Politik so entschiedenen Ausdruck gegeben hat, in deren Schooß zeitweise eine so hochgradige Gährung wahrzunehmen war, verurtheilt sich nicht selbst dazu, eine nichtparlamentarische, nur durch den Willen des Ministers begonnene Politik einfach zu ratificiren, sich selbst seiner politischen Allgewalt zu beugen, anstatt ihre Rechte entschlossen zu wahren. Entweder der ungarische Reichstag giebt der in dem ungarischen Volke lebenden politischen Meinung Ausdruck, oder er abdicirt. Im ersteren Falle wird er sich nicht damit begnügen, zu wissen, daß der erste Theil der Occupations-Aufgabe vollendet ist und der zweite Theil unter Inanspruchnahme von neuen Opfern gelöst werden soll. Er wird sich in einer Adresse gegen diese Politik kehren und im Namen des magyarischen Volksbewußtseins gegen dieselbe Verwahrung einlegen, im Namen eben jenes Volksbewußtseins, das selbst den Sohn des eigenen Landes nicht schont. Der Sturz des Grafen Andrassy, auf den eine seltsame Vereinigung von Kräften hinarbeitet, würde schwerlich eine vereinzelte Thatsache bleiben. Schon ist die Position zu engagirt, als daß der Fall des Trägers der Politik der Hofburg nicht lawinenartig eine Reihe von Dingen mit sich in den Abgrund reißen müßte; und die Frage bleibt offen, was er überhaupt stehen ließe. Frondirt Oesterreich-Ungarn gegen das deutsche Reich, so ist der politische Zustand Europas verändert und Fürst Bismarck auf eine neue Combination hingewiesen, die sich jetzt noch jedweder Beurtheilung entzieht.

Telegraphische Meldungen:

Wien, 22. October. Abgeordnetenhaus. Präsident Rechbauer eröffnete die Sitzung mit einer Rede, in welcher er der ruhmreichen Armee für ihre wahrhaft antike Tapferkeit, für ihren Heldenmuth und für ihre Opferwilligkeit im Namen des Hauses den Dank aussprach. Unter den eingegangenen Vorlagen befindet sich das Finanzgesetz pro 1879 und das Gesetz, betreffend die Ausgabe von 25 Millionen Goldrente für außerordentliche Bedürfnisse. Ferner wird eine Zuschrift des Fürsten Auersperg verlesen, worin derselbe mittheilt, daß der Kaiser die Demission des Ministeriums angenommen habe. Der Abgeordnete Kopp und Genossen stellen den Antrag, eine Adresse an den Kaiser zu richten, in welcher die Beunruhigung der Bevölkerung über die auswärtige Action ausgesprochen und darum gebeten werden soll, daß die Regierung die Ziele ihrer auswärtigen Politik offen darlege und daß vor jedem weiteren Schritt der Berliner Vertrag der verfassungsmäßigen Behandlung unterzogen werde.

Pest, 22. October. Die „Pester Correspondenz" ist ermächtigt, die Mittheilungen des „Neuen Pester Journals" über die Ausführungen des Ministerpräsidenten Tisza in der vorgestrigen Conferenz der liberalen Partei für unrichtig zu erklären. Neben zahlreichen irrigen Behauptungen dieses Journals seien selbst die der Wahrheit entsprechenden Behauptungen so lückenhaft und mangelhaft, daß dieselben nur zur Irreleitung führen müßten. Eine förmliche ins Detail eingehende Berichtigung sei aus demselben Grunde unmöglich, welcher den Ministerpräsidenten veranlaßt habe, die der Publicistik angehörenden Parteimitglieder darum zu ersuchen, daß sie sich jeder Mittheilung enthalten.

* * *

Meldungen der „Polit. Corresp." Aus Belgrad, 22. d.: In Folge der Aufforderung Rußlands hat Fürst Milan die unverzügliche Räumung der von den serbischen Truppen besetzten, zu dem neuen Bulgarien gehörenden Ortschaften angeordnet. — **Aus Bukarest:** In unterrichteten Kreisen wird versichert, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Rumänien in Folge der letzten Erklärungen der rumänischen Minister eine weitere Alterirung erfahren hätten.